

Der latente Anti-Amerikanismus der politischen Linken gibt den USA nicht nur klammheimlich eine Mitschuld an den am 11. September in New York und Washington verübten Verbrechen. Und nach wenigen Wochen überwiegen Kritik und Zweifel an den militärischen Aktionen in Afghanistan die Erkenntnis, dass diese Maßnahmen ohne wirkliche Alternative sind. Tatsächlich haben der Westen und in erster Linie die USA aber die Chance, Fehler zu korrigieren und ihre außenpolitische Verantwortung weltweit neu zu definieren und anzunehmen.

## Die Befreiung

1973 hatte Mohammad Daoud gegen seinen Vetter König Zahir Schah geputscht. Im April 1978 stürzten ihn dann dieselben Offiziere, die ihn an die Macht gebracht hatten, erklärten Afghanistan zur kommunistischen Volksrepublik. Der Widerstand brach spontan aus, wurde zum das ganze Land erfassenden Flächenbrand. Das Regime stand mit dem Rücken zur Wand, als an Weihnachten 1979 die Sowjetunion mit Truppen intervenierte.

Der Widerstand gegen die schließlich 250 000 sowjetischen Besatzer wurde zum Freiheitskampf, in dem nun die USA mithilfe ihres Partners Pakistan die Mudschaheddin, die Freiheitskämpfer, massiv mit Waffen und logistischer Hilfe unterstützten. Der spontan entstandene Widerstand organisierte sich regional und damit entlang ethnischer Linien in den relativ geschlossenen Siedlungsgebieten der Völker und Stämme Afghanistans.

42 verschiedene ethnische Gruppen beschreiben Ethnologen, neunzehn Sprachen werden in dem Land am Hindukusch gesprochen, hunderte von Dialekten. Parallel zu den regional organisierten, unabhängig voneinander operierenden Widerstandsgruppen entstanden die so genannten „Parteien“, die über ihre Hauptquartiere in der pakistanischen Etappe den Widerstand mit Logistik, Geld und vor allem auch Waffen versorgten. Sie überlagerten somit zunehmend den rein regional entlang ethnischer Solidarität entstandenen Maquis und bildeten politische Gruppierungen, die jedoch ebenfalls weitestgehend ethnisch geschlossen blieben und alle ideologisch nur an der Oberfläche mit dem Rückgriff auf islamische Werte in unterschiedlicher Ausprägung argumentierten.

Der Befreiungskrieg wurde für die islamische Welt zu einem wichtigen Kristallisationspunkt. Rund 30 000 junge Männer aus Algerien, Ägypten, den Golfstaaten, dem Jemen bis hin nach Indonesien und Malaysia strömten nach Afghanistan, um einen heiligen Krieg gegen ein gottloses Regime zu führen.

Der Wendepunkt des Krieges kam im Sommer 1986, als die Mudschaheddin mit von den USA gelieferten Stinger-Raketen die ersten sowjetischen Hubschrauber vom Himmel schossen und die Verluste der Sowjetunion stiegen. Michail Gorbatschow führte die Sowjetunion aus dem afghanischen Desaster heraus, und im Oktober 1989 verließen schließlich die letzten Besatzungssoldaten das Land.

Doch noch bis 1992 konnte sich der letzte kommunistische Machthaber, der berüchtigte frühere kommunistische Geheimdienstchef Najibullah, in Kabul halten.

## Der Bruderkrieg

Im wütenden Befreiungskrieg war Afghanistans staatliche Ordnung völlig zusammengebrochen. Aber die siegreichen Mudschaheddin waren nicht im Stande, einen neuen Staat aufzubauen. Afghanistan zerfiel in Territorien und Herrschaftsbereiche unterschiedlicher Kriegsherren. Da war der Tadschike Ahmed Schah Massud, der ehemalige Student der Architektur und Abiturient des französischen Gymnasiums. Der begnadete Taktiker hat zahlreiche sowjetische Großoffensiven in die strategisch wichtigen Täler des Pandjir abgewehrt. Der „Löwe von Pandjir“ hat dabei dennoch zum Beispiel Schulen auch für Mädchen und eine einigermaßen funktionierende „öffentliche Verwaltung“ aufrechterhalten.

Da war aber auch der Usbeken-General Rashid Dostum, der sich an Rauschgift und Waffenhandel bereicherte, der zunächst mit den Kommunisten an der Seite der Sowjets gekämpft hatte und erst spät zum Widerstand wechselte. Und da war zum Beispiel Gulbuddin Hekmatyar mit seinen paschtunischen Kämpfern, der besonders intensiv vom Geheimdienst Pakistans unterstützt worden war. Da waren aber auch zahllose weitere, kleine, regionale Kriegsherren, hochgespült in den Wirren des Krieges, mit bis an die Zähne bewaffneten Gefolgsleuten, oft nur marodierenden Banditen. Sie alle suchten nun ihre Macht zu konsolidieren.

Nach der Eroberung Kabuls 1992 hatten die Mudschaheddin in einer Loya Jirga, einer „großen Versammlung“, Burhanuddin Rabbani, einen Tadschiken und gemäßigten Theologieprofessor, zum Präsidenten Afghanistans gewählt, der bis heute in dieser Funktion international

auch von der UNO anerkannt ist. Doch sehr schnell brach Gulbuddin Hekmatyar, nominell Verteidigungsminister, aus dieser großen Koalition aus und beschloss Kabul. In der ausbrechenden Selbsterfleischung des Bruderkrieges wurde Kabul schlimmer zerstört als in den Jahren des Befreiungskampfes zuvor. Das Leid des afghanischen Volkes wuchs ins Ungeheuerliche. 1978 zählte das Land etwa sechzehn bis siebzehn Millionen Einwohner. Mitte der neunziger Jahre, so schätzt man, waren bis zu zwei Millionen tot, rund vier Millionen ins Ausland geflohen, mehr als die Hälfte davon ins benachbarte Pakistan. Auf etwa ebenfalls bis zu vier Millionen werden die innerhalb des Landes entwurzelten Flüchtlinge geschätzt. In einem Land, dessen Bewohner immer arm, jedoch niemals verelendet waren, starben Menschen Hungers. Die rund zehn Millionen von den Sowjets verstreuten Minen machten und machen noch heute in weiten Teilen des Landes den Ackerbau zum lebensgefährlichen Unternehmen.

## Pakistan und die Taliban

Die Taliban haben am Kampf um die Befreiung Afghanistans von der sowjetischen Besetzung und dem verhassten kommunistischen Regime nicht teilgenommen. Aber sie sind im Gefolge dieses Kampfes entstanden.

Fast zwei Millionen geflohene Afghanen lebten und leben in Lagern entlang der pakistanisch-afghanischen Grenze. Der Krieg dauert seit 23 Jahren, und kein Afghane unter dreißig Jahren kann sich an ein Leben im Frieden erinnern. Jede Familie hat Tote zu beklagen. In den Flüchtlingslagern Pakistans ist die nackte Existenz auch durch die weltweite humanitäre Hilfe gesichert. Doch in den Lagern an den Grenzen herrscht eine bedrückend trostlose Hoffnungslosigkeit. Das spirituelle Vakuum füllten bald mit Koranschulen und sozialen Aktivitäten extreme Islamisten der pakistanischen Deobandi-Be-

wegung, finanziert von den karitativen Waqf-Stiftungen der Golf-Staaten, in erster Linie aus Saudi-Arabien. Deren Interpretation des Islams, der Wahabismus, wird als eine ganz besonders strenge, „reine“, fundamentalistische und ursprüngliche Form der Gottesverehrung und der weltlichen Ordnung propagiert.

Der Aufbau der politischen Taliban-Bewegung begann 1993 mithilfe des pakistanischen Geheimdienstes ISI. Pakistans Verhältnis zu Afghanistan ist traditionell problematisch. Die „Durand-Linie“, die Grenze zwischen beiden Ländern, wurde 1893 von den Briten gezogen und teilt das Volk der Paschtunen in zwei etwa gleich große Teile, je etwa sechs Millionen Menschen in Afghanistan und Pakistan, die eine gemeinsame Sprache sprechen, deren große Stämmesverbände sich untereinander blutsverwandt fühlen.

Von beiden Nachbarstaaten wurde Streit um die willkürlich gezogene Grenze immer wieder zum Anlass politischer Auseinandersetzungen benutzt und auch geschürt. Dass sich im Osten von Indien potenziell bedroht fühlende Pakistan unterstützte aktiv den afghanischen Befreiungskampf aus eigenem nationalen Interesse, da es ein kommunistisches und mit der Sowjetunion verbündetes Afghanistan als besondere Bedrohung empfand. Aber an einem stabilen, unabhängigen Afghanistan hatten das pakistanische Militär und auch die Politik kein Interesse. Dabei spielten sie immer die paschtunische Karte in der Erwartung, über die gemeinsame Solidarität der Paschtunen ihren Einfluss geltend machen zu können. Der Militärmachthaber Zia-ul Haq, aber später vor allem auch die gewählte Ministerpräsidentin Benazir Bhutto versuchten, ein Afghanistan unter ihrem entscheidenden Einfluss zu schaffen, eine interessante Parallele zum *great game*, wie Rudyard Kipling im neunzehnten Jahrhundert die Auseinandersetzung um Afghanistan zwischen dem zaristischen Russland und

dem britischen Indien nannte, das den heutigen Staat Pakistan umfasste. Die Taliban, die „Studenten“, wurden geschaffen mit arabisch-saudischem Geld, geformt von den Ideologen der Deobandi und trainiert vom ISI, dem Geheimdienst Pakistans. Ziel waren die „Befriedung“ des Landes und die Schaffung eines Regimes, das sich an Pakistan anlehnt.

## Das Taliban-Regime

Erst 1994 erschienen die ausschließlich paschtunischen Taliban auf dem afghanischen Schauplatz, und sie waren in einem gewaltigen Sturmloch innerhalb von zwei Jahren erfolgreich. Tatsächlich wurden sie auch von pakistanischen militärischen Instrukturen und selbst getarnten ISI-Truppen unterstützt. Zu erklären aber ist ihr Erfolg vor allem durch die Tatsache, dass sie den geschundenen Afghanen als Befreier, ja als Erlöser erschienen. Alle Afghanen bekennen sich in ganz selbstverständlicher und ungefragter Frömmigkeit zum Islam. Die Taliban liquidierten die Banden, brachen die Macht der kleinen, regionalen Despoten und beriefen sich dabei auf die ausgesprochen positiven Werte des Islams: Gerechtigkeit, Wohltätigkeit, die Pflicht zur Sorge für die Armen und die Schwachen. Die paschtunischen Stämme des Südens und Südostens Afghanistans schlugen sich auch aus einer fast automatischen ethnischen Solidarität auf die Seite dieser jungen Männer, der Taliban, die mit ihrer altruistisch geäußerten Ideologie an das muslimische Selbstverständnis, aber vor allem auch an die eigenen Werte der Paschtunen, an das Paschtunwali, appellierten.

Mullah Mohammed Omar, ein einfacher muslimischer Dorfgeistlicher aus der Provinz Uruzgan bei Kandahar, der im Krieg gegen die Sowjets ein Auge verlor, hat sein hohes Ansehen in erster Linie auf Grund tatsächlicher und sicher auch zahlreicher angedichteter großer menschlicher Taten als Beschützer der Schwachen

und Entrechteten erworben. Der *Emir el Muminin*, wie er sich bald nannte, der „Herrscher der Gläubigen“, spielt intuitiv und auch bewusst brillant auf dem paschtunisch-muslimischen Seelenklavier. Er hält sich ausschließlich in Kandahar auf, wo 1747 die paschtunischen Stämme ihren ersten König wählten und Afghanistan gründeten, wo der Mantel des Propheten aufbewahrt wird, in der Hauptstadt der gemeinsamen paschtunischen Identität. Erst nach der Machtübernahme in Kabul im Jahr 1996 wurde die ganze Radikalität des Taliban-Regimes offenbar, ihre „arabisch-islamische“ Ideologie, die dem eher toleranten afghanischen Islam-Verständnis völlig wesensfremd ist. Vor allem die bürgerliche Schicht der Hauptstadt Kabul litt unter den Taliban, der schrecklichen Isolation und Unterdrückung der Frauen und unter ihrer völligen Unfähigkeit, ein Staatswesen nach den Erfordernissen der heutigen Welt zu entwerfen. Die Taliban nahmen Afghanistan seine Musik und seine Tänze, seine ihm noch verbliebene Fröhlichkeit. Die Taliban und ihre direkten, aktiven Unterstützer sind eine absolut kleine Minderheit. Aber der Terror und die Kontrolle im Inneren sind straff organisiert.

Was die Machtergreifung der Taliban vor allem zur Folge hatte, war der endgültig gezogene tiefe Graben zwischen der mit etwa 35 Prozent an der Gesamtbevölkerung größten ethnischen Minderheit, den Paschtunen, und allen anderen ethnischen Gruppen des Landes. Die Taliban eroberten in ihren Offensiven bis zum Sommer 2001 rund 85 Prozent des Landes. Sie trieben die tadschikischen, usbekischen, turkmenischen Gruppen und die mongolischstämmigen Hazara im Norden und Nordosten des Landes zusammen, die so genannte „Nord-Allianz“ unter nomineller Führung des afghanischen Präsidenten Burhanuddin Rabbani formierte sich als eine Notgemeinschaft unter dem militärischen Druck der Taliban.

Anfang September 2001 haben die Taliban die Allianz ganz entscheidend geschwächt, indem sie Ahmed Schah Masud ermordeten. Das Attentat, offenbar ausgeführt von zwei Jemeniten mit falschen algerischen Pässen, trägt die Handschrift der El Kaida von Usama bin Laden. Der charismatische Tadschike Ahmed Schah Massud war unbestritten eine Führungspersönlichkeit von zentraler Bedeutung für die Allianz und insgesamt für Afghanistan. Sein Ruhm als brillanter Führer des Widerstandes gegen die Kommunisten und die Sowjets und als Gegner der Taliban und ihres totalitären Anspruches war von außerordentlichem psychologischen Gewicht für alle Feinde der Taliban und ihres Regimes.

## Die USA und die Taliban

Es gehört zu den Legenden um Afghanistan, dass die USA in den achtziger Jahren sowohl Usama bin Laden erst „geholt“ als auch seine internationale Legion der muslimischen Söldner erst „geschaffen“ hätten. Der afghanische Widerstand brauchte keine islamische Legion, um zu siegen. Alle Indizien sprechen jedoch dafür, dass die USA von den afghanischen Verwicklungen völlig überrascht wurden. Die USA verfügten über keine eigenen Kontakte zum afghanischen Widerstand, ließen ihre Politik von Pakistan und dem pakistanischen Geheimdienst beeinflussen und vertrauten auf ihre Partner in der Umsetzung. Tatsächlich war wohl auch das Hauptmotiv der US-Politik weniger die Hilfe der freien Welt für einen Freiheitskampf, sondern hatte in erster Linie lediglich die Schwächung des Sowjetregimes zum Ziel.

Neben dem Fehlen einer wirklich eigenen Außenpolitik begingen die USA weitere ganz entscheidende Fehler. Nach 1989, nach dem Abzug des letzten Besatzungssoldaten, drehten die USA Afghanistan fast demonstrativ den Rücken zu. Die Verbitterung unter Afghanen ist weit

verbreitet. Offensichtlich ging es nicht um die Freiheit und das Schicksal Afghanistans, sondern es war mit US-Dollars und afghanischen Leben eine blutende Wunde der Sowjetunion offen gehalten worden. Danach aber waren die Afghanen den USA und dem Westen offensichtlich gleichgültig.

Die vorrangig egoistischen nationalen Motive der USA wurden bestätigt durch das erst 1993/94 neu entstandene Interesse an Afghanistan auf Grund des Plans einer Pipeline zwischen den kaspischen Ölfeldern und dem Indischen Ozean, die nur durch Afghanistan führen kann. Tatsächlich hat die US-Diplomatie diesen Plan verfolgt und daher auch Pakistan mit seinem Taliban-Manöver gewähren lassen. Die USA haben jedoch 1998 Gespräche mit dem Taliban-Regime abgebrochen. Noch 1999/2000 haben die UN noch einmal zusammen mit Russland und den USA vergeblich versucht, in geheimen Gesprächen, die teilweise in Berlin stattfanden, mithilfe des Pipeline-Projektes und dem Versprechen großzügiger Aufbau-Hilfe die Mäßigung des Taliban-Regimes zu erreichen. Völlig absurd ist jedoch der konspirativ raunende Unterton deutscher TV-Moderatoren bei dem Hinweis, dass Präsident Bush und sein Vize-Präsident Cheney ihre Vermögen in der Öl-Industrie gemacht haben und von dort im Wahlkampf mit 33 Millionen Dollar unterstützt wurden, damit unausgesprochen unterstellend, US-Politik in Afghanistan erfolge quasi im Auftrag einer Öl-Lobby.

Die tatsächliche Mitverantwortung der USA für die menschliche und auch politische Katastrophe in Afghanistan liegt vielmehr in der Unterlassung aktiven politischen Handelns, sie liegt im Fehlen einer aktiven, schlüssigen Politik in der Region, die neben dem Iran die zentralasiatischen ehemals sowjetischen Republiken umfasst sowie Afghanistan, Pakistan und Indien. Die Attentate auf

die US-Botschaften in der kenianischen Hauptstadt Nairobi und im tansanischen Daressalam am 7. August 1998 sowie der Anschlag auf den US-Zerstörer „Cole“ am 12. Oktober 2000 im jemenitischen Aden hatten bereits die Perspektive der USA verändert. Sie brachten nämlich die Erkenntnis, dass der vom Taliban-Regime beschützte Usama bin Laden bisher unabhängig in vielen Ländern existierende und gewaltbereite extremistische Terrorzellen vernetzte und zum *Djihad* gegen die USA führte. Die spektakulären Terrorakte in New York und Washington haben nun die USA und ihre Partner zum Handeln gezwungen.

Die Beweise für eine Tatbeteiligung oder auch für eine direkte Verantwortung Usama bin Ladens für die verbrecherischen Terrorakte vom 11. September wurden nicht veröffentlicht; Kenner der Verhältnisse zweifeln jedoch nicht an seiner zentralen Rolle innerhalb des Netzwerkes, das für diese Akte verantwortlich ist. Ob diese Belege im Sinne des Rechtsstaates in vollem Umfang gerichtsverwertbar wären, steht dahin, ist jedoch letztlich für die politische Entscheidung zum Handeln irrelevant. Das Handeln der USA und ihrer Partner ist im Übrigen durch internationales Recht und Beschlüsse des UN-Sicherheitsrates legitimiert.

## Krieg in Afghanistan

Der von den USA geführte Kampf gegen den Terror ist erklärtermaßen vielgeleisig. Der internationale Terror, der sich islamischer Argumentationen bedient, ist mit militärischen Mitteln allein nicht zu besiegen, der Kampf bedarf jedoch auch der militärischen Aktionen.

Die Erkenntnis dieser Notwendigkeit ist bedrückend. Sämtliche Väter und Mütter dieser Welt fühlen mit Vätern und Müttern getöteter Kinder.

Und nicht zuletzt die Reaktionen in der islamischen Welt, vor allem im benachbarten Pakistan, belegen überdeutlich,

wie auch politisch problembeladen das militärische Vorgehen ist. Ohne jeden Zweifel töten die Bomben auch Unbeteiligte, Frauen und Kinder. Ohne jeden Zweifel „verstecken“ sich die Taliban jedoch in dieser Zivilbevölkerung. Und ohne jeden Zweifel dienen die nicht zu überprüfenden Angaben über die Zahl dieser Toten der Propaganda der Taliban. Dies provoziert mit ganz offensichtlichem Erfolg die solidarische Reaktion der muslimischen Nachbarn und auch das Entsetzen der Öffentlichkeit im Westen, die in hilfloser Perspektivlosigkeit zunehmend das Ende der Bombardements verlangt. Entscheidend für das Gelingen der US-Politik ist es, öffentlich zu vermitteln, dass die militärische Aktion in Afghanistan kein Krieg *gegen*, sondern lediglich ein Krieg *in* Afghanistan ist. Dazu müssen die im Militärjargon so euphemistisch „Kollateralschäden“ genannten Leiden der Zivilbevölkerung begrenzt bleiben. Dazu gehört auch der Sturz des Taliban-Regimes, obwohl dies von der US-Regierung offiziell als ein Ziel ihrer Aktionen bestritten wird. Der Sturz des Taliban-Regimes ist jedoch mehr als nur ein zwingend notwendiger Akt der politischen Bestrafung eines Regimes, das Terroristen deckt, ja dessen Oberhaupt sogar eine Tochter Usama bin Ladens geheiratet und sich so demonstrativ mit ihm verbunden hat. Mit dem Sturz des Taliban-Regimes ist das Netz der Terroristen der El Kaida zwar nicht völlig zu zerschlagen, aber doch zumindest zu schwächen, vielleicht sogar entscheidend. Der Sturz des Regimes ist auch ein notwendiges Signal an tatsächliche und an potenzielle weitere staatliche Unterstützer terroristischer Aktivitäten. Dieses Ziel ist mit der Flucht des Taliban-Regimes aus Kabul und dem Rückzug der Kämpfer in die Berge um Kandahar erreicht.

Bemerkenswert zurückhaltend war zunächst die Unterstützung der „Nord-Allianz“ durch die USA. Die „Nord-Alli-

anz“ war schon lange nicht mehr in der Lage, sich aus der Umklammerung durch die Taliban aus eigener Kraft zu befreien. Es fehlte an Munition selbst für die reichlich vorhandene Standardwaffe Kalaschnikow AK 47, vor allem aber an schwerem Gerät und Artillerie. Erst in den vergangenen drei Wochen wurden mit russischen Materiallieferungen die Panzertuppen der Allianz verstärkt, erreichten auch Raketenwerfer die „Nord-Allianz“. Die Flächenbombardements auf die Frontlinien der Taliban haben dann die Kämpfer zum Rückzug gezwungen.

Damit öffnen sich auch die Straßen nach Norden zu den zentralasiatischen Republiken und damit der Weg für die dringend notwendigen Hilfskonvois.

## Die zweite Befreiung

Wenn die USA insgesamt zurückhaltende, aber gezielte Bombardements gegen die Taliban aufrechterhalten, paschtunische Stämme auch mit Geldzahlungen auf ihre Seite bringen, dabei größere, von den Taliban propagandistisch zu nutzende Verluste unter der Bevölkerung vermeiden können und mit Kommando-Unternehmungen vorzeigbare Erfolge auch gegen die El Kaida erreichen, dann wird das Taliban-Regime auch in seinem restlichen Rückzugsgebiet endgültig zusammenbrechen. Dies wäre nach dem Rückzug der sowjetischen Besatzer die zweite Befreiung des Landes. Dass dies jedoch schnell geschehen könnte, vielleicht ja sogar innerhalb weniger Wochen, diese Vorstellung ist naiv, dies kann nur annehmen, wer Afghanistan und seine Menschen mit ihrem fast anarchischen Freiheitsdrang nicht kennt. Diese Vorstellung ignoriert auch die große Kampferfahrung der Taliban seit 1994 und die noch größere der sie unterstützenden Stämme seit nunmehr 23 Jahren. Es ist überdies eine klare Konstante der afghanischen Geschichte, dass die äußere Bedrohung den afghanischen Widerstand

ganz besonders provoziert, und die Rhetorik der Taliban nutzt dieses Phänomen ebenso gezielt wie die Appelle an die islamische Solidarität angesichts der Bedrohung durch Ungläubige.

Doch die Afghanen haben die Vertreibung der Taliban für alle Welt ganz offensichtlich mit Begeisterung begrüßt. Wenn es gelingt, vor allem die Rachegeleüste der Kämpfer der „Nord-Allianz“ zu zügeln, wird auch die Rhetorik der Taliban nicht mehr verfangen.

Pakistan hat dem innenpolitischen Druck bisher standgehalten. Das Militär steht offenbar weiterhin fest hinter Präsident Pervez Musharraf. Offiziere mit islamistischen Sympathien, die mit dem Geheimdienst ISI auch die talibanfreundliche Politik Pakistans umsetzten, hat der ehemalige Generalstabschef, der sich im Oktober 1999 an die Macht putschte, Anfang September entlassen. Es ist kaum damit zu rechnen, dass Pakistan mit schärferer Repression und damit erhöhtem Risiko gegen Teile der Bevölkerung vorgehen muss, wenn die Sympathie-Kundgebungen für die Taliban noch militanter werden. Eine solche Entwicklung ist nach dem Sturz des Taliban-Regimes eher unwahrscheinlich geworden, Voraussetzung ist jedoch, dass es nicht zu breiten Massakern der „Nord-Allianz“ an Paschtunen kommt.

Aus innenpolitischen Gründen und der Rücksichtnahme auf die Stimmung in Pakistan, aber auch aus einer objektiv richtigen Einschätzung der Lage heraus betont daher der pakistanische Präsident immer wieder, dass eine Versöhnung in Afghanistan nur unter Einschluss der paschtunischen Kräfte denkbar ist. Die afghanische „Nord-Allianz“ gegen die Taliban, alles Nicht-Paschtunen und darunter dubiose Gestalten wie der Usbeke „General“ Rashid Dostum, sucht eine günstige Ausgangsposition für zumindest die Teilhabe an der künftigen Macht in Afghanistan. Es war nicht überraschend, dass der international ja auch anerkannte Präsi-

dent Burhanuddin Rabbani nach dem Einmarsch in Kabul erklärte, dass er nun sofort eine Regierung bilden werde, und sich Einmischungen verbat.

Selbstverständlich werden hier jetzt Macht-Claims für die Zukunft abgesteckt. Das Spiel um die Zukunft ist auch bereits von anderer Seite eröffnet. In der vorletzten Septemberwoche haben sich vor allem paschtunische Stammesführer und religiöse Autoritäten, aber auch einige Honoratioren anderer ethnischer Gruppen im pakistanischen Peshawar um Pir Sayed Ahmed Gailani versammelt, einen paschtunischen Aristokraten und Nachkommen des Propheten, der über große Autorität bereits zur Zeit der Monarchie in Afghanistan, aber auch unter den Paschtunen Pakistans verfügte.

Ziel auch dieser Beratungen war die Einberufung einer *Loya Jirga*, einer großen Ratsversammlung vieler Honoratioren und Stammesführer, um das politische Schicksal Afghanistans verbindlich zu diskutieren. Ein Ziel, das aktiv von den USA auch mithilfe des im römischen Exil lebenden Exkönigs Zahir Schah verfolgt wird. Der 87-jährige Greis ist tatsächlich die einzige vorstellbare Integrationsfigur, um einen Ausweg aus der politischen Katastrophe Afghanistans zu suchen.

Er selbst erklärt offen, keine politische Funktion mehr übernehmen zu wollen. Dies ist angesichts seiner persönlichen Bescheidenheit und der Last, die er offenkundig während seiner langen Regierungszeit zwischen 1933 und 1973 wohl zunehmend empfand, durchaus glaubhaft.

Während vor allem unter den Exil-Afghanen die Erwartungen an König Zahir Schah außerordentlich hoch sind und sein Ansehen unter einfachen Afghanen sicher vor allem von der nostalgischen Erinnerung an bessere Zeiten geprägt wird, lehnen ihn weite Teile der nach Pakistan geflohenen und auch der in Afghanistan verbliebenen Landsleute ab, da er am

Kampf gegen die kommunistischen Kräfte zumindest nicht offen aktiv auf Seiten der großen Masse des Volkes teilgenommen hat. Dennoch könnte Zahir Schah nach dem Zusammenbruch des Taliban-Regimes den Dialog zumindest in Gang bringen. Der Ausgang ist ungewiss. Jede Lösung jedoch wird zumindest für eine Übergangszeit militärisch begleitet werden müssen. Dabei müssen die historischen Erfahrungen der Afghanen und die heutigen Sensibilitäten der islamischen Welt mit bedacht werden. Großbritannien und die USA können nach der Befreiung des Landes keine offene militärische Rolle in Afghanistan spielen. Der von den UN ins Spiel gebrachte Gedanke einer multinationalen Truppe unter ihrer Führung dürfte am ehesten Erfolg versprechen.

### Amerikas und Europas Verantwortung

Den Usama bin Ladens dieser Welt genügt die bloße Existenz der USA und des Westens zur „Legitimation“ ihrer fanatischen, todessehnsüchtigen Attacken. Es ist daher geradezu obszön, die USA und ihre Politik für den auch die Vereinigten Staaten treffenden Terrorismus verantwortlich zu machen. Dies heißt nicht, dass Fehler der amerikanischen Außenpolitik nicht benannt werden sollten, wie die im Falle Afghanistans. Die USA sind auch bereits dabei, ihren De-facto-Rückzug aus der Nahost- und Palästina-Politik zu korrigieren. Die afghanische Tragödie ist ein Beleg dafür, dass die USA ihre Außenpolitik und ihr „klassisches“ Verhalten überprüfen müssen – eine Außenpolitik, die im gesamten zwanzigsten Jahrhundert zwischen Interventionismus und Isolationismus schwankte und sich dabei jedoch immer in allen Phasen auf das eigene nationale Interesse bezog.

Dieses nationale Interesse, das notwendigerweise die Außenpolitik jeder

Nation bestimmen muss, darf jedoch nicht mehr in den engen Kategorien des vergangenen neunzehnten Jahrhunderts definiert werden. Auch die nationalen Interessen, vor allem der Sicherheit, sind in der globalisierten Welt tatsächlich global, dies ist die Lehre des 11. September.

Daraus folgt aber zwingend, dass die USA und der Westen einem hoffentlich in absehbarer Zeit vom Terror der Taliban befreiten Afghanistan nicht erneut gleichgültig den Rücken zuwenden dürfen. Das politische Schicksal Afghanistans kann nur ohne direkte Einmischung von außen von den Afghanen selbst bestimmt werden. Die Verantwortung der USA und des Westens besteht jedoch darin, diesen Neuanfang mit allen Kräften auf der internationalen politischen Bühne zu fördern und mit sichtbarer, demonstrativ großzügiger Aufbauhilfe zu begleiten.

Unsere gemeinsame Verantwortung besteht darin, in Afghanistan den Beweis dafür anzutreten, dass wir nicht nur am Gemeinwohl in unserem eigenen Kulturkreis interessiert sind. Dies vor allem würde die Gewalt der Bomben erst wirklich legitimieren und wäre ein außenpolitisches Signal von außerordentlicher Bedeutung.

Die USA haben nach dem Zweiten Weltkrieg und nach dem Zerschlagen des terroristischen Nazi-Regimes gegenüber Deutschland und der Welt bewiesen, zu welchen Leistungen Demokraten zur Bewahrung und im Interesse der Freiheit in der Lage sind.

In den Augen weiter Teile der Dritten Welt, aber auch unter jungen Deutschen wird die Politik des Westens zunehmend als unglaubwürdig, ja als zynisch empfunden.

In Afghanistan kann der Beweis dafür geführt werden, dass die Verantwortung der Demokraten nicht an den eigenen nationalen Grenzen und dem eigenen Kulturkreis endet.